

Straubhaar, Thomas

Article — Published Version

Überfällige Reformen anpacken!

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Straubhaar, Thomas (2002) : Überfällige Reformen anpacken!, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 82, Iss. 9, pp. 510-511

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41221>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Überfällige Reformen anpacken!

Wie soll es in Deutschland nach der Wahl wirtschaftspolitisch weitergehen? Wird die neue Bundesregierung die längst fälligen wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergreifen? Wird sie es schaffen, den schon zu lange dauernden Reformstau zu überwinden und der wachstumsschwachen deutschen Volkswirtschaft neues Leben einzuhauchen? Kann Deutschland in Europa bald die rote Laterne abgeben und sich wieder als Wachstumslokomotive an die Spitze des Zuges setzen?

Alle staatstragenden Parteien wissen, dass kein Weg in Deutschland an weitreichenden Strukturreformen vorbeiführt. Der Staatshaushalt muss saniert werden, der Subventionsdschungel ist zu durchforsten, die sozialen Sicherungssysteme sind zu modernisieren – auch und gerade wegen der schleichenden demografischen Alterung der deutschen Bevölkerung. Vor allem aber gilt es, die Beschäftigungskatastrophe zu beheben. Kein Land der Welt kann es sich ökonomisch, gesellschaftlich und schon gar nicht politisch leisten, Millionen von Menschen systematisch vom Arbeitsmarkt fern zu halten und stattdessen mit staatlichen Hilfszahlungen zu versorgen. Vieles würde in Deutschland leichter fallen, wenn es alleine schon gelänge, die Zahl der Arbeitslosen zu senken. Der Staat erhielte mehr Steuern und müsste weniger Menschen unterstützen.

Doch in der Politik zählt nicht, was ökonomisch richtig ist, sondern was mehrheitsfähig scheint. Es darf deshalb auch nicht verwundern, dass Staatsverschuldung und Beschäftigungslosigkeit eine so hohe polit-ökonomische Akzeptanz erlangen. Die Kinder von heute und die Kindeskindern von morgen können sich eben nicht dagegen wehren, wenn ihnen immer neue Lasten aufgebürdet werden. Genauso schwach bleibt das politische Gewicht der Arbeitslosen. Solange noch Politiker gewählt werden, die ihren Wählern Geschenke versprechen und nicht Staatsmänner, die den Bürgern Zumutungen in der Gegenwart zugunsten der Zukunft abverlangen, bleibt es politisch rational, vor der Wahl mit Emotion die Interessen künftiger Generationen oder der Arbeitslosen anzusprechen und nach der Wahl sprachlos zu bleiben, wenn es um eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik geht.

Was wirtschaftspolitisch in Deutschland zu tun wäre, ist nicht nur in wissenschaftlichen Zirkeln, sondern auch in allen politischen Parteien bestens bekannt. Der Arbeitsmarkt müsste wieder ein Markt werden, auf dem Angebot und Nachfrage die Löhne bestimmen. Renten-, Kranken-, Pflege- und andere Versicherungen müssten wieder Versicherungen werden, die Beiträge und Leistungen nach Risiko- und Versicherungsgesichtspunkten kalkulieren. Die Sozialpolitik sollte mit direkten Zahlungen in Not geratenen Menschen helfen und nicht indirekt immer und überall Marktprozesse korrigieren wollen. Wissenschaft und Sachverständige haben in den letzten Monaten viele kluge Reformvorschläge in die Diskussion eingebracht, die vor Wahlen sogar in das eine oder andere Parteiprogramm aufgenommen worden sind. Was wird aus diesen Ideen, Konzepten und Blaupausen nach der Wahl? Was ist 2002 anders als nach 1998 oder nach früheren Bundestagswahlen?

Schon lange gleicht Deutschland einem übergewichtigen Patienten, der sehr genau weiß, dass er seine Lebensweise ändern müsste, um wieder laufen zu können. Weniger Kalorien und mehr Bewegung wären die einfache Therapie, aber die Gier nach Mehr und die Bequemlichkeit des Nichtstuns verhindern dies. So auch beim Patienten Deutschland. Je länger mit den notwendigen, längst überfälligen Reformen gewartet wird, desto stärker werden die Beharrungsten-



Thomas Straubhaar

denzen und umso schwächer werden die Veränderungskräfte. Mit jedem verstrichenen Jahr altert die deutsche Bevölkerung, und immer mehr Ressourcen müssen aufgewendet werden, um die sich ausbreitenden Folgen der Verkrustung zu neutralisieren.

Eine Gesellschaft, die sich im Teufelskreis der Erstarrung befindet, hat es sehr schwer, sich aus der Umklammerung von Eigeninteressen und Trägheit zu befreien. In einer Demokratie kann es sehr wohl sein, dass die Mehrheit (oder besser: der wahlentscheidende Medianwähler) den Status quo vorzieht und nicht bereit ist, heute die Opfer in Kauf zu nehmen für Reformen, die sich erst in der langen Frist positiv auswirken werden. Gerade in einer alternden Gesellschaft mit vielen nicht mehr erwerbstätigen Rentner(inne)n und immer weniger noch direkt im Arbeitsleben steckenden Jüngeren haben es Reformen der Sozial(versicherungs)-systeme sehr schwer.

Ebenso dürften sich strukturschwache Bundesländer gegen sie betreffende notwendige Veränderungen stellen. Zum wahrhaft gordischen Knoten wird somit die Frage: Wie lässt sich in einer föderativen Demokratie gegen die kurzsichtigen partikularen Interessen der Mehrheit langfristige Politik betreiben? Und anders gefragt: Wie lässt sich im Bundesrat die – seit der Wiedervereinigung noch einmal ausgebaute – Mehrheit der strukturschwachen Bundesländer entmachten?

Die Wirtschaftsgeschichte kennt zwei Optionen, wie verkrustete Gesellschaften ihre Reformunfähigkeit überwinden können. Der schmerzhafteste Weg besteht darin, einfach abzuwarten, bis es für das erstarrte System keine Rettung mehr gibt. Staaten brechen dann auseinander und einzelne Teile können neu beginnen. Paul Kennedy und Mancur Olson beschrieben gleichermaßen den Fall und Niedergang von Nationen. Die jüngere deutsche Geschichte kennt mit dem Zerfall der DDR eine mehr als anschauliche Selbsterfahrung. Dieser Weg ist keine gangbare Strategie.

Der optimistischere – wenn auch nicht schmerzlose – Weg besteht darin, ruckartig das Steuer herumzureißen. Der Schlüssel-Code lautet: Triple-R. Soll eine Reform Erfolg haben, muss sie radikal sein, sie muss rasch nach der Wahl angepackt werden und sie muss resolut umgesetzt werden. Radikal heißt, dass die Reform ordnungspolitisch klar, eindeutig und kompromisslos sein muss. Deutschland braucht nicht graduelle Trippelschrittchen, sondern fundamentale Änderungen der Wirtschaftspolitik: also beispielsweise eine klare angebotsorientierte Wachstumspolitik aus einem Guss und nicht nur eine graduelle Senkung von Grenzsteuersätzen. Rasch bedeutet, dass die Reform unmittelbar nach Regierungsantritt auf den Weg gebracht werden muss, so dass nicht nur der ganze Gesetzgebungsprozess zügig vorangeht, sondern auch damit vor den nächsten Wahlen genug Zeit bleibt, um die Saat aufgehen zu lassen. Denn jede große Reform wird zuerst Opfer verlangen, bevor die Früchte geerntet werden können. Resolut meint die Tatkraft, mit der die Umsetzung erfolgen muss. Regierungen sind gewählt um jetzt zu handeln, nicht um später wiedergewählt zu werden!

Es ist die große deutsche (Konsens-)Illusion zu glauben, eine Reform mit Ecken und Kanten würde sich an runden Tischen aushandeln lassen und würde niemandem weh tun. Viele Interessengruppen werden aufschreien. Ihnen sollte kein Gehör geschenkt werden. Denn abgerechnet werden muss erst bei den nächsten Wahlen in vier Jahren. Bis dahin lassen sich neue Allianzen mit jenen schmieden, die gestärkt aus dem Reformprozess hervorgehen werden.

Heroische wirtschaftspolitische Taten warten auf die neu gewählte Bundesregierung. Wird sie den Mut haben, dem Triple-R-Konzept zu folgen? Zu wünschen wäre es nicht nur Deutschland. Auch die Regierung wäre gut beraten, radikal, rasch und resolut zu handeln. Denn jede Alternative dürfte in vier Jahren letztlich mit geringeren Wiederwahlchancen verbunden sein.